

Slowakische Republik

Staatspräsident

In seiner Neujahrsansprache an die Bürger der Slowakei, wobei er ausdrücklich die nationalen Minderheiten nannte, dankte Präsident Rudolf Schuster für Geduld und Beharrlichkeit beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und für die im Sinne eines Wirtschaftsaufschwungs gebrachten Opfer. Er würdigte die außenpolitischen Erfolge, auf die alle Bürger stolz sein könnten. Die Aufnahme unter die ersten Kandidaten für einen EU-Beitritt und die vom amerikanischen Kongreß geäußerte Anerkennung für die demokratische Entwicklung seien Grund genug, Genugtuung zu empfinden. Der Präsident forderte eine Staatsdoktrin, die langfristig und unabhängig von Wahlperioden und -ergebnissen Richtschnur für die kontinuierliche Entwicklung des Landes sein müsse und den europäischen Gedanken aufzugreifen habe. Gefährdet werde diese Entwicklung zu Wohlstand und Stabilität nur von Zwietracht und Gehässigkeit, insbesondere wo es um die Verteilung materieller Güter gehe. Schuster schloß mit dem Aufruf zur nationalen Versöhnung an die Adresse aller Nationalitäten, aller Religionsgemeinschaften und aller konfessionell nicht gebundenen Bürger (NO 3.1.2000).

Am 4. Januar traf Präsident Schuster mit Vertretern aller 15 registrierten Kirchen und Religionsgemeinschaften zusammen. Er dankte ihnen für die wertvolle Arbeit, die sie in den eigenen Reihen und in Schule, Kultur, Sozialbereich, Gesundheitswesen und Denkmalschutz geleistet hätten. Ohne sie wäre die Slowakei innen- wie außenpolitisch nicht da, wo sie zu Beginn des neuen Jahres stehe. Indessen erinnerte der Präsident auch an seinen Aufruf zur nationalen Versöhnung. Der katholische Bischof Rudolf Baláž, der evangelische Bischof Július Filo sowie der Ehrenvorsitzende der Jüdischen Religiösen Gemeinden in der Slowakei, Pavol Traubner, begrüßten die Idee der Aussöhnung (Sme 5.1.2000).

Grünes Licht gab Präsident Schuster am 17. Februar der von der HZDS beantragten Unterschriftensammlung als Vorlauf zu einem Referendum für Neuwahlen. Nach Beratungen mit Verfassungsrechtlern erklärte er die der Petitionsliste zugrunde liegende Frage für zulässig. Kommen die nötigen 350 000 Unterschriften zusammen, gibt es ein Referendum mit der Frage „Sind Sie dafür, daß der Nationalrat der SR ein Verfassungsgesetz beschließt, dem zufolge die Wahlperiode des 1998 gewählten Nationalrats der SR am Tage der Wahlen beendet wird, die 150 Tage nach Verkündung des Ergebnisses dieses Referendums abgehalten werden?“. Daß im Erfolgsfall das entsprechende Gesetz über Neuwahlen im Nationalrat durchkommt, erscheint bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen jedoch nahezu ausgeschlossen. Präsident Schuster selbst sprach sich gegen vorzeitige Parlamentswahlen aus (Sme 18.2. und 19.2.2000).

Regierung

Am 26. Januar verabschiedete das Kabinett im Paket eine Reihe von Preiserhöhungen zum 1. Februar. Der Beschluß kam ohne Zustimmung der SDL-Minister zustande. Der Preis für Haushaltsstrom wurde um 40 Prozent, für Gewerbestrom um fünf Prozent, der Erdgaspreis für Haushalte um 30 Prozent und die Wasser- und Abwassergebühren um 27 Prozent angehoben. Posttarife stiegen um 10 Prozent, Bahnfahrten wurden 30 Prozent und Busfahrten 20 Prozent teurer. Lediglich die Preise für Telekommunikationsdienste verteuerten sich erst ab April um 0,5 Prozent und ab Juli um weitere fünf Prozent (Sme 27.1. und 28.1.2000).

Um ihre Visumpolitik mit der Tschechischen Republik zu koordinieren, beschloß die slowakische Regierung, für Bürger der Ukraine ab Ende Juni die Visumpflicht einzuführen. In Užhorod soll ein SR-Konsulat errichtet werden, in dem direkt und schnell Visa ausgestellt werden. Ministerpräsident Dzurinda erklärte, organisiertes Verbrechen und Schwarzarbeit würden auch aus der Ukraine importiert. Zum 1. Januar 2001 wird der visumfreie Verkehr mit Rußland und Weißrußland eingestellt. Sechs Monate vor einem Beitritt der Slowakei in die EU soll auch die Visumpflicht für Kuba in Kraft treten (Sme 16.3.2000).

Parlament und Gesetzgebung

Eine Gruppe überwiegend oppositioneller Abgeordneter stellte im Nationalrat einen Mißtrauensantrag gegen christlichdemokratischen Justizminister Ján Čarnogurský. Der Minister habe versucht, die slowakische Justiz für seine Partei einzuspannen. Überraschend waren unter den Antragstellern auch Abgeordnete der mitregierenden SDL. Bei der Abstimmung enthielten sich diese jedoch. Nur HZDS und SNS sowie zwei SOP-Abgeordnete stimmten für die Entlassung des Ministers. Von 119 anwesenden Parlamentariern sprachen 35 Čarnogurský das Mißtrauen aus, 60 stimmten dagegen und 24 enthielten sich. Damit verfehlte der Mißtrauensantrag deutlich die erforderliche absolute Mehrheit von 76 Stimmen (Sme 3.2. und 4.2.2000).

Am 22. März verabschiedete der Nationalrat der SR nach monatelanger Diskussion die Novelle zum Zivildienst. Von achtzig anwesenden Abgeordneten stimmte keiner gegen das Gesetz. Die Parlamentarier von HZDS und SNS, die die Neuregelung am heftigsten bekämpft hatten, waren der Abstimmung ferngeblieben. Nach dem verabschiedeten Gesetz, das zum 1. Juni in Kraft tritt, wird der Zivildienst von zwei Jahren auf 18 Monate verkürzt und damit auf den bis 1995 gültigen Stand gebracht. Zwei alternative Gesetzentwürfe, die den Zivildienst auf 15 oder gar – wie den Militärdienst – auf zwölf Monate reduzieren wollten, fanden keine Mehrheit (Sme 22.3. und 24.3.2000).

Wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik

Nach den neuesten Angaben der Nationalbank belief sich die Brutto-Auslandsverschuldung der Slowakei Ende Oktober 1999 auf 10,6 Milliarden US-\$. Davon waren 7,9 Mrd. lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten. Die Pro-Kopf-Verschuldung wurde mit 1 972 US-\$ angegeben, nach 1 923 im September 1999 (Sme 20.1.2000).

1999 sind in der Slowakei ungefähr 10 500 Wohnungen fertiggestellt worden. Aufgenommen wurde der Bau von mehr als 10 700 Wohneinheiten. Diese Angaben machte Bauminister István Harna und gab auch die weiteren Planungen bis 2002 bekannt. Danach sollen im laufenden Jahr 12 500 Wohnungen errichtet werden, 2001 bereits 15 500 und 2002 schließlich 18 000. Damit läge der durchschnittliche Zuwachs an Wohnungen bei etwa 14 000 Einheiten und entspräche dem Regierungsprogramm für den Zeitraum 1999 bis 2002 (Sme 21.1.2000).

Wie das Statistische Amt der SR mit vorläufigen Zahlen dokumentierte, ist die Produktion im Bausektor im Jahre 1999 erheblich zurückgegangen. Im Vergleich zum Jahr 1998 beträgt der Rückgang mehr als 25 Prozent. Geringere Nachfrage auf dem heimischen Markt und erschwerte Bedingungen auf den Auslandsmärkten waren verantwortlich für die bereits 1998 einsetzende Entwicklung. So konstatierte der Bauunternehmer-Verband einen Rückgang der Aufträge aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion um etwa die Hälfte (Anteil zuletzt 3-4 Prozent). Rückläufig war auch das Auftragsvolumen des öffentlichen Sektors. Von dem Auftragsrückgang betroffen waren alle Betriebsgrößen, Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten jedoch besonders stark und kleine Firmen weniger (Sme 5.2.2000).

Für Januar konnte das Statistische Amt eine erfreuliche Entwicklung des Außenhandels melden. Das Defizit ging auf 2,2 Milliarden Sk zurück; bei niedrigeren Rohöl- und Erdgaspreisen wäre möglicherweise sogar ein Aktivsaldo zustande gekommen. Wichtiger als das geringe Handelsdefizit war für das Statistikamt der um 29 Prozent gestiegene Export. Die Einfuhren nahmen um 24 Prozent zu (Sme 26.2.2000).

Erwartungsgemäß stieg die Inflationsrate weiter. Lag die Preissteigerung im Januar bei 13,6 Prozent, so erhöhte sie sich im Februar auf 16,4 Prozent, den höchsten Wert seit sechs Jahren. Nach Ansicht von Analysten ist der Anstieg eine logische Folge der notwendigen Maßnahmen der Regierung im Bereich der regulierten Preise. Erhöhungen der Strom-, Wasser- und Gaspreise hatten sich ebenso ausgewirkt wie die weiter steigenden Rohölpreise und die Verteuerung von Eisenbahnfahrten und öffentlichem Personennahverkehr (Sme 11.3.2000).

Aus vorläufigen Angaben der Nationalbank zur Zahlungsbilanz der SR ergaben sich für 1999 direkte Auslandsinvestitionen in die slowakische Wirtschaft von insgesamt 29,3 Milliarden Sk (701 Millionen US-\$). Gegenüber

dem Jahr 1998, als 19,9 Mrd. Sk an Auslandsinvestitionen in die Slowakei flossen, bedeutet das eine erhebliche Steigerung. Rechnet man allerdings den Erlös aus dem Verkauf des slowakischen Anteils an der Československá obchodná banka heraus, so summieren sich die direkten ausländischen Investitionen im Jahr 1999 auf lediglich 13,66 Milliarden Sk (Sme 24.3.2000).

Sozialpolitik und gesellschaftliche Entwicklung

Die Arbeitslosigkeit überschritt zum Jahresende 1999 erstmals in der Geschichte der SR die Marke von 20 Prozent. Mit 535 211 erwerbslosen Personen, entsprechend 20,1 Prozent Arbeitslosenquote, wurde ein Stand erreicht, der unter den EU-Ländern wie den Beitrittskandidaten einmalig ist. Die Zahl freier Stellen wurde mit 5 709 beziffert. Auf einen freien Arbeitsplatz kamen damit 94 Bewerber. Als Langzeitarbeitslose mit länger als einem Jahr Erwerbslosigkeit galten etwa 230 000 Personen. Die höchste Arbeitslosigkeit war zum 31. Dezember mit 37 Prozent im Bezirk Rimavská Sobota anzutreffen. Dagegen betrug in Bratislava die Arbeitslosenquote lediglich 4,2 bis 6,9 Prozent. Grundsätzlich war der Osten des Landes stärker betroffen (Sme 21.1., 25.1. und 27.1.2000; HN-B 21.-23.1.2000). Zum Januarende trat eine weitere Verschärfung ein. Vor allem aus saisonalen Gründen stieg die Arbeitslosenquote auf 20,54 Prozent, und die Arbeitsämter zählten 553 540 Personen ohne Beschäftigung (Sme 19.2.2000). Als Folge der zunehmenden und in manchen Regionen dramatischen Arbeitslosigkeit verzeichneten Polizei und Innenministerium einen Anstieg der Kriminalität. Besonders vermehrt haben sich Eigentumsdelikte. Polizeivertreter sprachen von aus Not begangener Sozialkriminalität. Innenminister Pittner gab zu bedenken, daß neuerdings Straftaten von Personen verübt würden, die bisher nicht straffällig gewesen seien und nun wegen Arbeitslosigkeit kriminell würden. So erkläre sich so manches Eigentumsdelikt. Da werde z.B. Fracht aus Eisenbahnen gestohlen, und notleidende Menschen entwendeten Feuerholz sogar aus Nationalparks. In besonderem Maße gelte das für die Ostslowakei mit ihrer hohen Arbeitslosenquote. Mehr als die Hälfte der Straftäter seien dort Personen ohne Beschäftigung. Im Bezirk Prešov betrugen Eigentumsdelikte 41,2 Prozent der gesamten Kriminalität, im Bezirk Košice 38,2 Prozent. Demgegenüber wies der Bezirk Preßburg, wo die geringste Arbeitslosigkeit herrscht, nur einen Anteil von 20,2 Prozent Eigentumsdelikten auf (Sme 11.3.2000).

Eine Langzeitstudie, die vom Institut für präventive und klinische Medizin in Preßburg durchgeführt wurde, ergab einen erheblichen Unterschied in der Lebenserwartung slowakischer Männer und Frauen. Die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer betrug 65 bis 67 Jahre und lag damit sechs bis acht Jahre unter der Lebenserwartung der Frauen und sogar acht bis zehn Jahre unter derjenigen der männlichen Bevölkerung in den entwickelten Ländern. Eine noch geringere Lebenserwartung hat lediglich die männliche

Bevölkerung Ungarns und Rußlands. Bei den Frauen ergab sich kaum ein Unterschied zu den westlichen Ländern. Schockierend war der Unterschied zum tschechischen Nachbarn, wo Männer im Durchschnitt vier Jahre länger leben, obwohl bei der Auflösung des tschechoslowakischen Staatsverbands 1993 noch keine signifikanten Unterschiede festzustellen waren. Für die slowakischen Männer bedeutet das, daß der Ruhestand im Mittel nur etwa zweieinhalb bis drei Jahre genossen werden kann. Abhängig war die Lebenserwartung von Faktoren wie Bildungsniveau, Lebensstil und Ernährungsgeohnheiten (Sme 24.1. und 26.1.2000).

Obwohl finanzielle Erwägungen in den meisten Fällen ausschlaggebend für einen Schwangerschaftsabbruch waren, hat sich die Zahl der Abtreibungen trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation der SR von 1992 bis 1998 um nahezu die Hälfte verringert:

Zeitraum	Anzahl der Abtreibungen
1992	49 530
1993	45 552
1994	41 264
1995	35 879
1996	30 885
1997	27 798
1998	26 658
(1.Halbjahr 1999	13 113)

Das Statistische Amt ermittelte außerdem regionale Unterschiede. Bei der Anzahl von Abbrüchen je 100 000 Einwohner lag der Bezirk Košice, der religiös am stärksten geprägt ist, an der Spitze beispielsweise vor Bezirken wie Banská Bystrica, Bratislava, Nitra und Prešov (Sme 14.2.2000).

Das vergangene Wirtschaftsjahr endete für die Sozialversicherung wie erwartet mit einem Defizit von etwa 5,7 Milliarden Sk. Einnahmen in Höhe von 67,8 Milliarden Sk standen Ausgaben von 73,5 Milliarden gegenüber. Die Haupteinnahmen der Sozialversicherung stammen aus Beiträgen zur Kranken- und Rentenversicherung sowie aus Zinseinkünften. Die Hauptausgaben fließen in den Basisfonds für die Renten, den Krankenversicherungsfonds und den Verwaltungsfonds (Sme 24.3.2000).

Umwelt

Die beiden Kernkraftwerke Mochovce und Jaslovské Bohunice haben gegenwärtig keine Probleme mit der Entsorgung des radioaktiven Abfalls. Nach Ansicht des Amtes für Atomaufsicht können abgebrannte Brennstäbe und übriger Atommüll für die nächsten 300 Jahre sicher gelagert werden. Allein die bisherigen Zwischenlager in den Kraftwerken verfügten über eine

Kapazität von mindestens 50 Jahren, und dazu kämen neue Lagerstätten für radioaktiven Abfall in Mochovce (Sme 11.1.2000).

Der Trinkwasserverbrauch in der Slowakei ist in den vergangenen Jahren merklich gesunken. Brauchte eine Person im Jahre 1991 im Durchschnitt noch 183 Liter am Tag, sank der Tagesverbrauch bis 1998 auf 123 Liter. Größter Anreiz zum sparsamen Umgang mit Trinkwasser war dessen Preis, der von 0,60 Sk im Jahre 1990 auf nunmehr 8,30 Sk gestiegen ist. Brauchwasser z.B. für Rasensprengen oder Autowäsche wird zunehmend aus eigenen Brunnen entnommen. Die SR hat derzeit ausreichende Wasserreserven. Das größte Reservoir mit qualitativ einwandfreiem Grundwasser befindet sich unter der Großen Schüttinsel (Sme 15.1. und 18.1.2000).

Parteien, Bewegungen und Verbände

BEWEGUNG FÜR EINE DEMOKRATISCHE SLOWAKEI (HZDS)

Am 1. Februar startete die HZDS ihre Unterschriftenaktion zur Herbeiführung eines Referendums für vorzeitige Neuwahlen (Sme 2.2.2000). — Die HZDS hielt in verschiedenen Städten Versammlungen ihrer Regionalorganisationen ab. Die Delegierten wählten neue Bezirksvorsitzende, berieten aber auch über die eventuelle Umwandlung der HZDS von einer Bewegung in eine Volkspartei. Außerdem konnten Gegenkandidaten für die Wahlen zum Parteivorstand beim kommenden Parteitag vorgeschlagen werden. Zu neuen Bezirksvorsitzenden wählten die Delegierten für den Bezirk Kaschau Alojz Engliš, für Banská Bystrica den Unternehmer Pavel Čupka und für Nitra Ján Kovarčík, Besitzer eines privaten Radiosenders (Sme 6.3. und 13.3.2000). — Der Parteitag fand am 18. März in Trnava statt. Dazu waren Einladungen auch an alle anderen Parteien ergangen, doch nur je ein Vertreter der SDĽ sowie der SDS waren zugegen. Die Delegierten bestätigten Vladimír Mečiar als Vorsitzenden, wählten die Stellvertreter nach dessen Vorschlägen und wandelten die HZDS in eine Volkspartei um. Dies erfordert eine Änderung der Statuten. Neue stellvertretende Vorsitzende wurden Zdenka Kramplová, Jozef Kalman, Ján Gabriel, Jozef Božik und Miroslav Maxon. Außerdem wurde das Parteiprogramm mit dem Ziel geändert, der Europäischen Demokratischen Union beizutreten. Vertreter der EDU waren dem Parteitag aber ferngeblieben. Die mehr als 300 Delegierten verabschiedeten eine politische Erklärung, in der sich die HZDS für die Mitgliedschaft in EU und NATO aussprach (Sme 18.3. und 20.3.2000).

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE BEWEGUNG (KDH)

Am 17. Februar beging die KDH mit einer festlichen Versammlung in Nitra ihren zehnten Gründungstag. Der Vorsitzende Ján Čarnogurský bilanzierte die Geschichte der KDH und bedauerte die Krise, in der sie durch den Weg-

gang mehrerer Mitglieder zur neuen SDKÚ geraten war. Zum Jahrestag beschrieb *Sme* den Weg der Partei und merkte an, die KDH habe nicht immer die radikalsten Ideen beim Übergang der kommunistischen Gesellschaft zu einer modernen bürgerlichen Gesellschaft vertreten. Gegenwärtig habe sie sich gegen zwei politische Strömungen durchzusetzen. Auf der einen Seite müsse sie sich gegen linksextreme Parteien behaupten und auf der anderen Seite ein vernünftiges Verhältnis zur SDKÚ und zu anderen Parteien der rechten Mitte finden (*Sme* 17.2. und 21.2.2000; *DoFó* 24.2.-1.3.2000).

DEMOKRATISCHE UNION (DU)

Auf der Sitzung des Republikrates am 19. Februar in Žilina kam es zu lebhaften Debatten über die Zukunft der Union. Eine Strömung sprach sich dafür aus, eigenständig zu bleiben, während die andere eine Anbindung an die SDKÚ vorschlug. Die Abstimmung über das weitere Vorgehen ergab eine knappe Mehrheit für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages innerhalb von sechzig Tagen, der über eine Fusion von DU und SDKÚ beraten sollte. Eine Gruppe von Befürwortern der eigenständigen Linie einigte sich auf die Vorbereitung einer Satzung für eine Neue DU, die unverzüglich zu gründen sei, wenn auf dem außerordentlichen Parteitag die Fusion mit der SDKÚ beschlossen würde (*Sme* 21.2.2000).

DIE GRÜNEN (SZS)

Bei einer Bilanz anlässlich des zehnten Jahrestags der Parteigründung mußten die slowakischen Grünen ernüchert feststellen, daß sie zunehmend unter mangelndem Wählerinteresse leiden. Aus einer Plattform enthusiastischer Ökologen Ende 1989 / Anfang 1990 entwickelte sich eine kleine parlamentarische Partei (mit indirekter Regierungsbeteiligung als eine der „Mutterparteien“ der Slowakischen Demokratischen Koalition) ohne wirklich großen Einfluß auf die Politik. Eines der Gründungsmitglieder bekannte selbstkritisch, die Partei sei zu farblos. An Funktionsträgern könne sie lediglich eine Staatssekretärin im Umweltministerium aufweisen. 1990 hatten die Grünen bei den ersten freien Wahlen sechs Sitze im Slowakischen Nationalrat und drei in der Bundesversammlung erhalten. Zu jener Zeit profitierte die Partei von einer ganzen Reihe ökologischer Maßnahmen und Initiativen. Nach der Teilung der Tschechoslowakei spalteten sich die slowakischen Grünen weiter auf in die Partei der Grünen in der Slowakei (SZS) und die Demokraten '92. Keine von beiden erreichte die notwendige Stimmenzahl für den Einzug ins Parlament. 1994 schlossen sich die Grünen der Koalition *Spoločná voľba* an und erlangten auf dieser Plattform zwei Mandate. Bei den Wahlen 1998 schickten sie auf der „grünen Plattform“ innerhalb der SDK vier Abgeordnete in den Nationalrat (*Sme* 27.1.2000).

PARTEI FÜR ARBEIT UND ENTWICKLUNG (SPR)

Eine weitere neue Partei wurde am 22. Januar im ostslowakischen Košice (Kaschau) gegründet. Als Vorsitzender der links orientierten Partei für Arbeit und Entwicklung (SPR) fungiert der Unternehmer Ján Kalej aus Prešov. Grundlegende Ziele im Parteiprogramm sind wirtschaftliche und politische Stabilität sowie die Wahrung der Rechtsordnung sowie der sozialen und existenziellen Sicherheit (Sme 24.1.2000).

PARTEI DER DEMOKRATISCHEN LINKEN (SDL)

Der Republikausschuß der SDL beschloß am 12. Februar in Rožnava, den Antrag des Bezirksverbandes Banská Bystrica (Neusohl) auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zurückzuweisen. Er lehnte auch einen weiterführenden Antrag auf Austritt aus der Regierung ab. Der Parteichef Jozef Migaš betrachtete den Antrag zwar als legitime Meinungsäußerung eines Regionalverbandes, bestätigte aber den Termin des ordentlichen Parteitages im Oktober. Der Antrag der Neusohler Bezirksorganisation war Resultat der zunehmenden Unruhe an der Basis der SDL. Unzufrieden mit Erscheinungsbild und Arbeit der Regierung sowie aufgeschreckt durch die schlechten Umfragewerte, hatte man dort immer stärker auf einschneidende Maßnahmen gedrängt (Sme 11.2.-14.2.2000).

PARTEI DER DEMOKRATISCHEN MITTE (SDS)

Auf seiner Sitzung am 22./23. Januar stellte der Republikrat der SDS den ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten Milan Čič und die Leiterin der Kanzlei des Verfassungsgerichts, Marianna Mochnáčová, als neue stellvertretende Vorsitzende vor. Parteichef und -gründer Ivan Mjartan äußerte seine Zufriedenheit angesichts der neuen Stellvertreter. Außerdem bestehe Interesse daran, so Mjartan, den ehemaligen Nationalbankgouverneur Ivan Masár als weiteren Stellvertreter zu gewinnen (Sme 24.1. und 25.1.2000).

PARTEI DER UNGARISCHEN KOALITION (SMK)

Der Republikrat der SMK sprach dem von der Partei selbst seinerzeit nominierten Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Viktor Mészáros, das Mißtrauen aus. Als Begründung führte der Parteivorsitzende Béla Bugár an, Mészáros habe im Juli 1999 ein Papier unterzeichnet, in dem ein Stop der Restitution von vor 1948 konfiszierten Grundstücken gefordert wurde. Dadurch sei die Arbeit der SMK abgewertet worden. Außerdem habe er die SMK-Abgeordneten unzureichend über die Angelegenheiten des Landwirtschaftsministeriums unterrichtet (Sme 31.1.2000).

SLOWAKISCHE DEMOKRATISCHE KOALITION (SDK)

Ein neuerliches Treffen der Vorsitzenden der „Mutterparteien“ mit dem SDK-Vorsitzenden Mikuláš Dzurinda brachte keine neuen Erkenntnisse über die Regelung der internen Beziehungen. Nach wie vor standen sich zwei Auffassungen gegenüber: Von den Mutterparteien wurde das Agieren als Fünfer-Koalition gefordert, Dzurinda indessen schlug vor, die SDK zu einer Union politischer Parteien zu transformieren. Die Bildung einer Union wurde von KDH und DS abgelehnt, während DU, SDSS und SZS das Modell diskussionswürdig fanden (Sme 11.1. und 12.1.2000).

SLOWAKISCHE DEMOKRATISCHE UND CHRISTLICHE UNION (SDKÚ)

Elf Politiker der SDK, darunter Ministerpräsident Dzurinda und weitere Minister der DU und KDH, verfaßten eine Deklaration, mit der die Gründung einer neuen Partei beschlossen wurde. Die Slowakische Demokratische und Christliche Union wird nach Aussage Dzurindas bei den Parlamentswahlen 2002 als eigenständige Partei um das Vertrauen der Wähler werben. Die SDK sei davon nicht betroffen, so Dzurinda. Dieser Schritt rief ein unterschiedliches Echo hervor. Aus den Reihen der Opposition sah man bereits ein Auseinanderbrechen der SDK, und auch innerhalb der Regierungskoalition, vor allem von KDH und DS, wurde die Gründung der neuen Partei als nicht sinnvoll beurteilt. Gründer und Befürworter der SDKÚ widersprachen dem jedoch und wiesen darauf hin, daß der bestehende Vertrag zwischen Mutterparteien und SDK von der Neugründung nicht betroffen sei und die Zusammenarbeit fortgesetzt werde. Nach Auffassung von Politikwissenschaftlern kann die junge SDKÚ mit ihrer liberalen und christlichen Orientierung besonders in der Wählerschaft von KDH, DU und DS auf Stimmen rechnen (Sme 18.1., 19.1. und 24.1.2000; DoFó 20.1.-26.1., 27.1.-2.2. und 17.-23.2.2000). — Am 14. Februar reichten Gründungsmitglieder der SDKÚ, darunter Mikuláš Dzurinda, Ivan Šimko und Eduard Kukan, beim Innenministerium den Antrag auf Registrierung der Partei ein. Dabei teilten Dzurinda und Šimko ihre Absicht mit, ihre bisherige Partei, die KDH, zu verlassen. Ferner gab Ministerpräsident Dzurinda bekannt, innerhalb der neuen Partei werde eine christlich-demokratische und eine liberale Plattform entstehen. Es sei auch Platz für weitere, beispielsweise grüne bzw. sozialdemokratische, Plattformen im Rahmen der Neugründung (Sme 15.2.2000).

SLOWAKISCHE NATIONALPARTEI (SNS)

Der Zentralrat der SNS beschloß am 29. Januar, die Partei auf einen strikten Oppositionskurs zu bringen, und bestätigte die Entscheidung des Präsidiums, die Abgeordneten aus allen parlamentarischen Funktionen abzuziehen. Wie *Sme* schrieb, war dieser Schritt das Ergebnis von Verhandlungen zwischen SNS und HZDS über den baldigen Abschluß eines gemeinsamen Oppositionsabkommens, das neben anderem auch eine aktive Beteiligung an der Un-

terschriftenaktion der HZDS für die Ausschreibung von Neuwahlen vorsah. Von dem Abberufungsbeschluß der SNS betroffen waren der stellvertretende Nationalratsvorsitzende Marián Anđel und der Vorsitzende des Ausschusses für Unvereinbarkeit von Funktionen, Miroslav Kotian. Die SNS stellt auch den Vizepräsidenten der Obersten Kontrollbehörde. Über dessen Rücktritt wurde vorerst keine Entscheidung getroffen (Sme 31.1.2000). — Am 12. Februar entschied der Zentralrat auf seiner Sitzung in Zvolen (Altsohl) mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit, den stellvertretenden Nationalratsvorsitzenden Marián Anđel aus der Partei auszuschließen. Dieser hatte sich geweigert, sein Amt niederzulegen, und damit gegen den Parteibeschuß vom 29. Januar verstoßen (Sme 14.2.2000).

Nationalitäten

Die SMK als parlamentarische Vertretung der Ungarn in der Slowakei verlangte, bei der beabsichtigten Verfassungsänderung auch die Präambel zu modifizieren. Nach Ansicht der Ungarn sollte die Slowakei als moderner Staat die Formel „Wir, das slowakische Volk“ durch folgende Worte ersetzen: „Wir, die Bürger der Slowakischen Republik“. Die Vertreter der ungarischen Volksgruppe beriefen sich bei dieser Forderung auf die programmatische Regierungserklärung, in der von der Erfüllung des bürgerlichen Prinzips die Rede war. Als ungarische Bürger des slowakischen Staates mußten sie in der Präambel berücksichtigt werden. Teil des slowakischen Volkes seien sie nicht (Sme 23.2.2000).

An zehn Jahre Karpatendeutschen Verein erinnerten die in dieser Organisation zusammengeschlossenen Deutschen in der Slowakei auf ihrer Generalversammlung am 26. Februar in Kaschau. In einer Bilanz über das vergangene Jahrzehnt konnte die Vereinsführung nach dem stürmischen Wachstum der ersten Jahre eine stabile Mitgliederzahl verzeichnen. Bis 1997 wuchs der Verein auf 4 395 Mitglieder. 1998 gab es einen leichten Rückgang auf 4 277, 1999 waren dann 4 342 Personen als Vereinsmitglieder registriert. Für die Region Hauerland nannte deren Regionalvorsitzender Anton Oswald einen Mitgliederstand von etwa 1 000 Personen in 17 Ortsvereinen. Die Generalversammlung wählte außerdem einen neuen Vorstand. Nachfolger der scheidenden Landesvorsitzenden Gertrud Greser wurde der pensionierte Lehrer Dipl.-Ing. Bartolomej Eiben (geb. 1931) aus Metzenseifen (Medzev). Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten Prof. Otto Sobek und Dr. Ondrej Pöss (Kabl März 2000).

Kirchen und religiöse Gemeinschaften

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für das Konkordat mit dem Vatikan kamen Diskussionen auf, zuvor das Kirchengesetz zu novellieren. Dieses sieht vor, daß alle beim Kulturministerium registrierten Kirchen (derzeit

14 und eine religiöse Gemeinschaft) die gleichen Rechte genießen. Die Änderung soll verhindern, daß aus der Existenz des Konkordats eine Vorrangstellung der Katholischen Kirche abgeleitet wird. Bedingung für die Registrierung als Kirche bzw. religiöse Gemeinschaft ist, daß die Lehre im Einklang mit dem Recht der Bürger auf körperliche Unversehrtheit, Gesundheit und Sicherheit steht und die öffentliche Ordnung und die Grundsätze der Menschlichkeit und Moral respektiert. Außerdem müssen Unterschriften von 20 000 volljährigen Kirchenmitgliedern vorgelegt werden. Mit der Registrierung erlangt die Kirche Anspruch auf Finanzierung der Gehälter ihrer Geistlichen und der zentralen Aktivitäten. Daneben können registrierte Kirchen auch zu öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Gefängnissen oder Schulen Zutritt erhalten. Die meisten Kirchen haben sich unmittelbar nach der Inkrafttreten des Gesetzes 1991 registrieren lassen. Zuletzt – 1993 – wurden die Zeugen Jehovas registriert. Religiöse Vereinigungen, die die Bedingungen nicht erfüllen, können sich als normale Bürgervereinigungen registrieren lassen (beim Innenministerium). Sollte die Zahl der notwendigen Unterschriften herabgesetzt werden – in der ČR werden nur 300 benötigt – wird ein Anstieg der Zahl der anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften auf etwa 200 prognostiziert (Sme 3.1.2000).

Zu einer nationalen Pilgerfahrt zum Heiligen Stuhl im Zeichen der Verständigung hatte Präsident Schuster Vertreter aller Parteien, Kirchen und religiösen Gemeinschaften aufgerufen. Sprecher von Regierungskoalition wie Opposition bewerteten die Reise und die Audienz beim Papst als beeindruckendes persönliches Erlebnis. Der Präsident hob hervor, für ihn sei wichtig, daß nicht nur Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen, sondern auch Repräsentanten der verschiedenen Parteien teilgenommen hätten. Er sah darin ein gutes Zeichen für Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis (Sme 17.2.2000).

Zur 22. Europäischen Rabbiner-Konferenz versammelten sich in Bratislava mehr als 160 Rabbiner aus verschiedenen Ländern, unter ihnen der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, Israel Singer, und der langjährige Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal. Auf der dreitägigen Konferenz, die ursprünglich in Wien stattfinden sollte, aber wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ nach Preßburg verlegt worden war, widmeten sich die höchsten Vertreter der Jüdischen Gemeinden Problemen des geistigen Lebens, praktischen Fragen der Zusammenarbeit und der Problematik der Restitution jüdischen Eigentums in den einzelnen Ländern (Sme 11.3., 14.3. und 16.3.2000).

Kulturpolitik, Bildung und Medien

Die Anzahl der Mittelschulen wird um 58 (14 Prozent) verringert. Dies jedenfalls sind die Vorstellungen des Schulministeriums, die Minister Milan Ftáčnik mit der Notwendigkeit begründete, das Bildungsangebot dem Bedarf

des Arbeitsmarktes anzupassen. Dadurch würden auch die Beschäftigungschancen des einzelnen Absolventen verbessert. Das Schulministerium räumte ein, daß die Schließung von 58 Schulen Einsparungen in Höhe von 16 Millionen Kronen im laufenden und 50 Millionen im nächsten Jahr mit sich brächte (Sme 25.1.2000).

Wegen mangelnder staatlicher Unterstützung muß eines von zwei wissenschaftlichen Instituten der Matica slovenská, das Literaturinstitut, seine Aktivitäten reduzieren. Nach Angaben des wissenschaftlichen Sekretärs Tomáš Winkler arbeiteten im Institut bisher vier Mitarbeiter. Bedingt durch die Unterfinanzierung kann jetzt nur noch ein Mitarbeiter mit halber Stundenzahl beschäftigt werden. Dieser arbeitet an einer Geschichte der slowakischen Literatur, die zu etwa 95 Prozent fertiggestellt ist. Ein weiterer Teil seines Aufgabenbereiches, ein Lexikon slowakischer Schriftsteller nach 1945, wurde eingestellt, kann aber möglicherweise vom Biographischen Institut der Slowakischen Nationalbibliothek in der Matica slovenská fortgeführt werden. Wie es weiter hieß, fehlen auch die Mittel für die Drucklegung der beinahe abgeschlossenen Literaturgeschichte (Sme 4.2.2000).

Mit alarmierenden Fakten machte die Leitung der Slowakischen Akademie der Wissenschaften auf die sich weiter verschlechternde Situation der slowakischen Wissenschaft aufmerksam. Wegen der unzureichenden finanziellen Ausstattung wanderten zusehends wissenschaftliche Kapazitäten ins Ausland ab. Bei Gehältern von 10 000 bis 11 000 Sk stelle die wissenschaftliche Arbeit kaum einen Anreiz dar, wenn man berücksichtige, daß Arbeitslose für dieses Gehalt oft kein Arbeitsverhältnis mehr eingingen. So habe sich die Zahl der Angestellten in der Akademie von vormals 6 500 auf derzeit etwas über 3 000 reduziert, und 50 weitere Stellen aus dem Service- und Verwaltungsbereich würden noch gestrichen werden. Nicht einmal die Entlassung weiterer wissenschaftlicher Mitarbeiter scheine ausgeschlossen, wolle man bei der gegenwärtigen Finanzausstattung wenigstens die besten Kräfte halten. Den schwierigen Zustand der Akademie spiegele die Tatsache wieder, daß die vom Parlament beschlossene Haushaltserhöhung nur die gestiegenen Energiekosten auffangen könne. Der Vorsitzende der Akademie gab weiter an, die hochentwickelten Staaten gäben dreißigmal so viel für den einzelnen Wissenschaftler aus, als es in der SR der Fall sei (Sme 8.2.2000).

Untersuchungen zufolge sind in der Slowakei mangelnde Fremdsprachenkenntnisse die Norm. Als Erbe der Vergangenheit verfügen noch etwa 60 Prozent der Bevölkerung über Russischkenntnisse. Englisch beherrschen nur 22 Prozent, während Deutsch von 36 Prozent der Bevölkerung gesprochen wird. Im Hinblick auf die europäische Integration muß diese Situation entscheidend verbessert werden. Dazu fehlt es jedoch an qualifizierten Sprachlehrern. Aus dem Institut für Information und Prognose des Schulwesens liegen Angaben zum Fremdsprachenunterricht nach einzelnen Schulformen im vergangenen Schuljahr vor. Demnach lernten im Mittel von Gymnasium,

Mittlerer Fachschule, Mittlerer Fachlehranstalt und Grundschule 41,8 Prozent Englisch, 40,8 Prozent Deutsch, 4,7 Prozent Russisch, 2,7 Prozent Französisch, 0,3 Prozent Spanisch und 0,2 Prozent Italienisch (Sme 18.2.2000).

Meinungsumfragen

Bei den monatlichen Umfragen zur Parteipräferenz ermittelte das Institut für Meinungsforschung im Januar nach wie vor die höchsten Sympathiewerte für die oppositionelle HZDS vor der regierenden SDK. Bemerkenswert war jedoch der hohe Wert von 35,1 Prozent Nichtwählern. Über der Fünf-Prozent-Hürde lagen demnach zwei etablierte Oppositionsparteien und drei Regierungsparteien sowie eine Parteineugründung. Die SOP als vierte Regierungspartei lag bei 2,4 Prozent und wäre nicht mehr im Parlament vertreten (Sme 26.1.2000). Für Februar ermittelten die Umfragen ähnliche Ergebnisse mit geänderter Reihenfolge. Erstmals tauchte die neugegründete SDKÚ auf und verdrängte die SDK. Nach wie vor lag die SOP mit diesmal 3,8 Prozent unter der Fünf-Prozent-Marke (Sme 19.2.2000). Im März setzte sich der allgemeine Trend fort, wobei sich die SDKÚ verbessern konnte (Sme 20.3.2000). Im folgenden die Werte der jeweils sechs erstplazierten Parteien:

Januar 2000		Februar 2000		März 2000	
HZDS	19,1%	HZDS	24,8%	HZDS	29,7%
SDK	9,9%	Smer	15,4%	Smer	16,6%
SDL	6,3%	SMK	11,5%	SDKÚ	13,5%
SMK	5,8%	SNS	10,0%	SMK	9,5%
Smer	5,6%	SDKÚ	9,8%	SNS	7,4%
SNS	5,2%	SDL	8,1%	SDL	6,2%

Neben der Frage nach den Parteipräferenzen interessierte die Demoskopie auch die Beliebtheit der Politiker. Im März ermittelte die Agentur MVK den größten Beliebtheitsgrad für den Gründer und Vorsitzenden der Partei Smer, Robert Fico (29,1%). Es folgten Präsident Schuster (24,5%), der HZDS-Vorsitzende Mečiar (23,9%), Ministerpräsident Dzurinda (18,1%), die SNS-Vorsitzende Anna Malíková (15,2%), Außenminister Kukan (12,3%) und der SMK-Vorsitzende Béla Bugár mit 10,0 Prozent (Sme 21.3.2000).

Außenpolitische und außenwirtschaftliche Beziehungen

(vgl. auch den Abschnitt Beziehungen zwischen der ČR und der SR)

Bundesrepublik Deutschland – Präsident Schuster reiste am 19. Januar zu einem eintägigen Arbeitsbesuch nach Berlin. Dort traf er mit Bundespräsident Rau und dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe zusammen. Mit ihnen sprach er über die Westbindung der Slowakei und lobte die guten Beziehungen zur Bundesrepublik (NO 19.1.-20.1.2000). — Der deutsche Ar-

chäologe und Historiker Professor Bernhard Hänsel von der Freien Universität Berlin wurde am 4. Februar für seine herausragende wissenschaftliche Arbeit vom Präsidium der Slowakischen Akademie der Wissenschaften mit der Ehrendoktorwürde in den historischen Wissenschaften ausgezeichnet (Sme 5.2.2000). — Die Bundestagsabgeordnete Rita Süßmuth besuchte im Februar die Slowakei und traf u.a. mit Ministerpräsident Dzurinda und dem Vorsitzenden der slowakischen Christdemokraten, Ján Čarnogurský, zusammen (Sme 9.2.2000). — Zu einem dreitägigen Besuch weilte der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe in der Slowakei. Dabei sicherte er seinen Gastgebern Unterstützung im Beitrittsprozeß zur EU zu und bot Expertenhilfe in Fragen des Schengener Abkommens, der Landwirtschaft und der europäischen Unterstützungsprogramme an (Sme 19.2.2000).

Bulgarien – Für zwei Tage weilte Präsident Schuster zu einem Staatsbesuch in Bulgarien. Im bulgarischen Parlament hielt er eine Rede, bei der er u.a. ausführte, daß beide Länder gemeinsame Probleme, aber auch Ziele hätten, nämlich Mitglied in der EU und der NATO zu werden. Schuster rief dazu auf, nicht als Konkurrenten, sondern als Verbündete zu agieren. Außerdem wurden während des Besuches neue Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert (Sme 9.3.2000).

Großbritannien – Der britische Außenminister Robin Cook besuchte als erster hoher Vertreter seines Landes seit Amtsantritt der Regierung Dzurinda die Slowakei. Bei seinen Treffen mit dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister, dem Parlamentspräsidenten und dem slowakischen Staatsoberhaupt versicherte Cook seine Gesprächspartner der vollen Unterstützung Großbritanniens bei der Integration in EU und NATO. Gesprächsthema war auch die Roma-Problematik. Cook unterstrich die Notwendigkeit, die Diskriminierung dieser Bevölkerungsgruppe zu beenden und damit einen Grund für die Migration der Roma auszuräumen (Sme 7.3.2000).

Israel – Zum ersten Besuch eines slowakischen Staatsoberhauptes reiste Präsident Schuster am 7. Februar nach Israel und in das unter palästinensischer Verwaltung stehende Gebiet. Er wurde von einer großen Delegation begleitet, der u.a. Geschäftsleute, Regierungsmitglieder und Vertreter des Zentralverbandes der Jüdischen Religiösen Gemeinden angehörten. Auf dem Programm standen Gespräche mit Israels Präsident Weizman, Ministerpräsident Barak und dem Oberbürgermeister von Jerusalem. Dabei wurden insbesondere die politische Situation nach Amtsantritt der rechtskonservativen Regierung in Österreich und die Zusammenarbeit zwischen Israel und der Slowakei erörtert. Als konkretes Ergebnis für den Ausbau der Kooperation gilt die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur landwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Zum Abschluß seines Besuches traf Präsident Schuster in Bethlehem mit dem Palästinenser-Präsidenten Arafat zusammen und lud ihn zu einem Besuch in die Slowakei ein (Sme 7.2.-11.2.2000).

Kasachstan – In Zvolen (Altsohl) wurde ein Honorarkonsulat für Kasachstan eröffnet. In einem feierlichen Akt im Schloß wurde dem Bevollmächtigten Peter Pázmány das Patent ausgehändigt (Sme 29.2.2000).

Polen – Mit der Unterschrift unter einen Vertrag über die Zusammenarbeit im slowakischen und polnischen Grenzgebiet wurde die Euroregion Beskiden gegründet. Ihr gehören in der Anfangsphase der Bezirk Žilina auf slowakischer Seite und die Wojewodschaft Schlesien auf polnischer Seite an. Eine Erweiterung auf das gesamte Waag-Gebiet wird in Erwägung gezogen. Die Euroregion könnte eventuell auch den tschechischen Bezirk Ostrau einbeziehen (Sme 19.2.2000). — Aus Anlaß der Überreichung der Goldenen Medaille der Comenius-Universität traf der polnische Außenminister Bronisław Geremek in Preßburg auch mit seinem slowakischen Amtskollegen Kukan und Ministerpräsident Dzurinda zusammen. Dabei hob Geremek die Qualität der polnisch-slowakischen Zusammenarbeit hervor, und zwar sowohl bilateral als auch im Rahmen internationaler Organisationen in der Visegrád-Gruppe, in EU und NATO. Der polnische Außenminister bekräftigte erneut die Unterstützung Polens bei der Integration der Slowakei. Zum Abschluß seines zweitägigen Aufenthaltes traf Außenminister Geremek mit Präsident Schuster und mit Vertretern der polnischen nationalen Minderheit in der SR zusammen (Sme 24.3. und 25.3.2000).

Ungarn – Zu einem dreitägigen offiziellen Besuch reiste Präsident Schuster in das südliche Nachbarland. In Budapest traf er mit seinem Gastgeber Árpád Göncz zusammen und führte mit ihm hauptsächlich Gespräche über die europäische Integration, regionale Kooperation und Minderheiten. Die Bildungsminister beider Länder unterzeichneten eine Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Diplomen (Sme 22.3.2000).

USA – Der stellvertretende Außenminister Thomas R. Pickering traf bei seinem Slowakei-Besuch mit politischen Vertretern der Slowakei zusammen. Er unterstrich dabei die amerikanische Unterstützung für die Bemühungen der Slowakei um Westintegration und meinte, daß das Land sofort in die NATO eintreten könne, wenn es darauf vorbereitet sei (Sme 5.2.2000).

EU – Am 15. Februar nahm die EU offiziell Verhandlungen mit der SR über einen Beitritt auf. Grundlage ist ein Katalog von 31 Kapiteln. Außenminister Kukan verließ seiner Hoffnung Ausdruck, die Verhandlungen könnten bis zum Beginn des Jahres 2004 abgeschlossen sein. Wie die Europäische Kommission am 8. März bekanntgab, sollten vorerst acht Kapitel in Angriff genommen werden. Demnach werden zunächst Verhandlungen über Klein- und Mittelbetriebe, Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung, auswärtige Beziehungen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Kultur- und Medienpolitik, wirtschaftlichen Wettbewerb sowie Statistik geführt (Sme 15.2., 16.2. und 9.3.2000).

Gedenktage und Rückblicke auf zeitgeschichtliche Ereignisse

Eine Gedenktafel für Jozef Tiso, das Staatsoberhaupt des kurzlebigen selbständigen slowakischen Staates, welcher von 1939 bis 1945 unter nationalsozialistischer Ägide existierte, wurde in Žilina von einer großen Mehrheit des Stadtparlaments beschlossen. Von 45 Vertretern gab es nur eine Enthaltung. Die Entscheidung rief den Protest zahlreicher prominenter Politiker hervor. Proteste kamen auch von Repräsentanten der evangelischen Kirche, Vertretern von Roma-Organisationen und des Slowakischen Verbandes antifaschistischer Widerstandskämpfer. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Žilina, Pavel Frankl, äußerte „Überraschung“ angesichts der Entscheidung des Stadtrats und nannte sie „zumindest taktlos“. Seiner Ansicht nach hätten viele der Befürworter wohl nicht gewußt, über welche schwerwiegenden Dinge sie abgestimmt hätten. Die Tafel sollte am 14. März, dem Jahrestag der Gründung des Tiso-Staats, enthüllt werden. Der Oberbürgermeister von Žilina, Ján Slota, der als ehemaliger Vorsitzender der Slowakischen Nationalpartei mehrfach mit rassistischen Äußerungen aufgefallen war, zeigte keinerlei Verständnis für die Proteste. Er meinte, die Gedenktafel drücke nur die Verehrung für einen großen Mann aus. In Budapest gebe es schließlich auch ein Horthy-Reiterstandbild, in Italien Mussolini-Büsten und in Deutschland und Österreich verschiedene Plaketten und Tafeln zu Ehren Hitlers. Schließlich gab ein Schreiben der Franziskanerinnen-Kongregation den Ausschlag für eine Revision des Stadtverordnetenbeschlusses. Die Kongregation bat die Mitglieder des Stadtrates, von der Anbringung der Tiso-Gedenktafel abzusehen, weil sie um die Unversehrtheit ihres Gebäudes – an diesem sollte die Tafel installiert werden – fürchteten. Daraufhin nahm die Stadtverordnetenversammlung mit 28 von 38 Stimmen den umstrittenen Beschluß zurück (Sme 22.2.-24.2., 26.2., 29.2.2000 und 10.3.2000).

Personalia

Am 5. Januar verstarb der Dichter, Übersetzer und Publizist Pavel Bunčák in Preßburg. Bunčák wurde 85 Jahre alt. Er galt mit seiner Lyrik als Vertreter des slowakischen Surrealismus (Sme 8.1.2000).

Der Rektor der Wirtschaftsuniversität Bratislava ernannte am 17. Januar neue Dekane für die Amtszeit 2000 bis 2003. Zum Dekan der Fakultät für Volkswirtschaft wurde Doc. Ing. Rudolf Sivák berufen, zum Dekan der Fakultät für Unternehmensmanagement Doc. Ing. Ľubomír Strieška, zum Dekan der Handelsfakultät Doc. Ing. Ferdinand Daňo, zum Dekan der Fakultät für Wirtschaftsinformatik Dr. Ing. František Peller und zum Dekan der Betriebswirtschaftsfakultät mit Sitz in Košice Prof. Ing. Ján Korčmároč. Mit Wirkung vom 1. Februar wurde Ing. Ľudmila Lipková mit dem Dekanat der neuen Fakultät für internationale Beziehungen betraut (Sme 18.1.2000).

Nach schwerer Krankheit starb am 18. Januar der Dichter und Übersetzer Július Lenko. Er zählte wie Pavel Bunčák zur Generation des Surrealismus. Lenko wurde am 10. Dezember 1914 in Hybe bei Liptovský Mikuláš geboren, studierte an der Philosophischen Fakultät der Comenius-Universität und war viele Jahre als Redakteur des Verlags Tatran tätig. Als Übersetzer übertrug Lenko hauptsächlich aus dem Deutschen (Sme 20.1.2000).

Am 22. Januar trat der Jurist Ján Mazák sein Amt als neuer Präsident des Verfassungsgerichtes und damit als Nachfolger von Milan Čič an, der in die Politik zurückkehrt. Mazák wurde am 12. Juni 1954 in Košice (Kaschau) geboren. 1978 beendete er das Studium an der Juristischen Fakultät der Kaschauer Šafarik-Universität. Danach war er Rechtsaspirant am dortigen Bezirksgericht und wurde 1980 Berufsrichter. Seit 1983 war Mazák stellvertretender Gerichtspräsident, zuerst in der Abteilung Strafrecht, dann Zivilrecht. 1990 wechselte er als Präsident an das Städtische Gericht Košice. Als Hochschulpädagoge habilitierte er sich 1998 an der Juristischen Fakultät der Šafarik-Universität für Zivilrecht (Sme 24.1.2000; http://www.concourt.sk/S/BIOGRAPH/mazak_s.htm).

Neuer Dekan der Medizinischen Fakultät der Comenius-Universität in Bratislava wurde zum 25. Januar der langjährige Leiter der I. Neurologischen Klinik des Fakultätskrankenhauses in Preßburg, Prof. Dr. Pavol Traubner (Sme 25.1.2000).

Die frühere Schauspielerin und 1999 unterlegene Präsidentschaftskandidatin Magda Vášáryová wird als Nachfolgerin von Ondrej Nemčok Botschafterin in Polen. Frau Vášáryová gehörte als Botschafterin der ČSFR in Wien schon einmal dem diplomatischen Dienst an. Nach der Teilung der ČSFR gründete sie die Slowakische Gesellschaft für Außenpolitik (Sme 25.2.2000).

Zum neuen Rektor der Matej-Bel-Universität in Banská Bystrica wählte der Akademische Senat im zweiten Wahlgang den bisherigen Prorektor Milan Murgaš. Er konnte sich mit fünf Stimmen Vorsprung gegen seinen Gegenkandidaten Pavel Hanzel durchsetzen (Sme 29.2. und 18.3.2000).

Neuer Kanzleileiter von Staatspräsident Schuster wurde der bisherige Staatssekretär im Ministerium für Verkehr, Post und Fernmeldewesen, Ľudovít Macháček. Sein Vorgänger, Ján Findra, war zum 31. Januar in den Hochschuldienst zurückgekehrt (Sme 17.3.2000).